

Vertrauen, Optimismus und Erneuerung: der VON-Index zur Messung von Veränderungsbereitschaft in Transformationsgesellschaften

Hager, Isabella; Tauber, Magdalena; Richter, Rudolf

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hager, I., Tauber, M., & Richter, R. (2006). Vertrauen, Optimismus und Erneuerung: der VON-Index zur Messung von Veränderungsbereitschaft in Transformationsgesellschaften. *SWS-Rundschau*, 46(1), 34-56. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-164382>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Vertrauen, Optimismus und Erneuerung

Der VON-Index zur Messung von Veränderungsbereitschaft in Transformationsgesellschaften

Isabella Hager/ Magdalena Tauber/ Rudolf Richter (Wien)

Der Artikel verfolgt das Ziel, die Erfahrungen und Einschätzungen der Bevölkerungen in Kroatien, Serbien und Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina auf dem Weg zur Entwicklung einer Demokratie mit Hilfe eines so genannten VON-Indexes (der sich auf Vertrauen, Entwicklungsoptimismus und Erneuerungsbereitschaft bezieht) darzustellen und zu bewerten. Ergänzt werden die Ergebnisse durch qualitatives Datenmaterial aus ExpertInnenbefragungen und Fokusgruppeninterviews. Nach Klärung der Fragestellung wird der VON-Index vorgestellt und erläutert. Anschließend folgt die Darstellung der Ausprägungen des VON-Indexes, wobei sich hohe, ambivalente und geringe Veränderungsbereitschaft unterscheiden lassen. Diese Differenzierung dient in der Folge als Grundlage für die Bildung von drei Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Stimmungslagen. Diese Gruppen werden in Bezug auf soziale Merkmale und Einstellungen der Befragten näher analysiert. Der Ländervergleich zeigt die Komplexität der Bevölkerungseinstellungen zur künftigen Entwicklung der drei Staaten, wobei auch jeweilige historische Besonderheiten zu berücksichtigen sind.

1. Einleitung und Fragestellung

Der Artikel setzt sich mit der Frage auseinander, wie die Ergebnisse einer von der Paul Lazarsfeld-Gesellschaft für Sozialforschung (PLG) durchgeführten Studie in den Transformations- und Nachkriegsgesellschaften Kroatien, Serbien und Montenegro¹ (2002) sowie in Bosnien und Herzegowina (2004) in Bezug auf die demokratische Veränderungsbereitschaft der jeweiligen Bevölkerung bewertet werden können.

Charakteristisch für die allgemeine politische Stimmungslage in den drei Ländern ist das hohe Misstrauen gegenüber den demokratischen und gesellschaftlichen Institutionen.² Zwei Drittel bis drei Viertel der Bevölkerung der drei analysierten Länder haben zum jeweiligen Zeitpunkt der Untersuchungen kein Vertrauen in Behörden und Gerichte und drei Viertel der serbischen und kroatischen Bevölkerung kein Vertrauen in die aktuelle Regierung.³ Besonders schlecht bestellt ist es um das Vertrauen in die Parteien: Über 80 Prozent der Befragten stehen diesen misstrauisch gegenüber, in Bosnien und Herzegowina sind es sogar 90 Prozent der Befragten.⁴ Ebenso sind knapp

1 Die Befragungen fanden in Serbien und Montenegro, nicht aber im Kosovo statt. In der Auswertung beschränkten wir uns auf Serbien, da Montenegro mit nur 220 Befragten in der Stichprobe vertreten war. Die Gesamtstichprobe aller drei Länder umfasste 3.500 Personen.

2 Das Vertrauen wurde u. a. für folgende Institutionen erhoben: Regierung, Parteien, Militär, Polizei, Gerichte, Behörden, Kirche, Medien, Privatunternehmen.

3 Zu dieser Frage liegen leider keine Daten für Bosnien und Herzegowina vor.

4 In Österreich sind 65 Prozent der Bevölkerung dieser Ansicht. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren (Steinbach/ Hager/ Hudler 2003).

zwei Drittel der serbischen und kroatischen Bevölkerung der Meinung, dass die Korruption seit der Auflösung des kommunistischen Regimes gestiegen ist.⁵

Außerdem zeichnen sich die bosnisch- und herzegowinischen Befragten durch die mehrheitlich positive Bewertung des ehemaligen kommunistischen Systems aus – 81 Prozent sehen dieses als positiv an –, im Gegensatz zum aktuell bestehenden politischen System, das rund drei Viertel negativ beurteilen. Die positive Sichtweise des aktuellen Systems gilt für rund 40 Prozent der kroatischen und serbischen Bevölkerung, das ehemalige kommunistische System wird von der Hälfte der kroatischen sowie von knapp 40 Prozent der serbischen Bevölkerung positiv bewertet.

Diese Ergebnisse zeigen deutlich, dass die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den bestehenden demokratischen und gesellschaftlichen Institutionen sehr groß ist.

Es stellt sich nun die Frage, ob diese Daten ausreichen, um die Veränderungsbereitschaft in der Bevölkerung zur Unterstützung einer demokratischen Entwicklung einschätzen zu können. In diesem Zusammenhang ergeben sich etwa folgende weitere Fragen.

- Bedeutet der Umstand, dass die Bevölkerungen der jeweiligen Länder aufgrund ihrer Unzufriedenheit mit dem aktuellen politischen System, das sich durch demokratische Merkmale auszeichnet, und aufgrund der besseren Bewertung des ehemaligen kommunistischen Systems nicht bereit sind, den weiteren Prozess in Richtung Demokratie mitzutragen?
- Bedeutet der hohe Anteil jener, die das ehemalige kommunistische System positiv bewerten, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung nicht bereit ist, eine Demokratie zu akzeptieren? Kann die negative politische Stimmung gegenüber den demokratischen und gesellschaftlichen Institutionen in den drei Gesellschaften mit dem Grad der Bereitschaft der jeweiligen Gesellschaft gleichgesetzt werden, eine Demokratie nach westlichem Vorbild etablieren zu wollen?
- Welche Bedürfnisse verbergen sich hinter der Aussage, dass es im ehemaligen kommunistischen System »besser« war?
- Ist damit das politische System an sich gemeint oder handelt es sich um die Lebensbedingungen der Bevölkerung im jeweiligen System?
- Welche Bedingungen sind dafür verantwortlich, dass die Bevölkerungen das vergangene kommunistische System zum Teil besser bewerten als das aktuelle demokratische System?

Um es gleich vorwegzunehmen: Einige der hier formulierten Fragen können im Rahmen dieser Arbeit nicht wirklich befriedigend beantwortet werden. In diesem Artikel beschäftigen wir uns primär mit einem aufgrund unserer Untersuchungsergebnisse entwickelten Messinstrument, das die Veränderungsbereitschaft in Richtung eines demokratischen Staates erheben soll.

Die Paul Lazarsfeld-Gesellschaft für Sozialforschung (PLG) führte im Zeitraum 1991 bis 1998 im Rahmen des Neuen Demokratie-Barometers (NDB) regelmäßig Umfragen in verschiedenen europäischen Ländern unter Verwendung eines international angewandten Erhebungsinstrumentes durch. Diese Erhebungen dienen dazu, einen

5 Für Bosnien und Herzegowina liegen dazu leider keine Daten vor.

repräsentativen Vergleich europäischer Bevölkerungen zu ermöglichen. Für das Süd-Osteuropa-Barometer wurde ein Fragenprogramm entwickelt, um die Demokratieentwicklung in ehemaligen kommunistischen Ländern in Südosteuropa zu untersuchen.

Die Daten für die Analyse stammen aus dem Süd-Osteuropa-Barometer (SEB) der PLG, mit dem in umfassender Form Einstellungen zur Demokratieentwicklung erhoben werden. Dieser Beitrag stützt sich auf drei Repräsentativumfragen, die im November/Dezember 2002 in Kroatien, Serbien und Montenegro sowie im April/Mai 2004 in Bosnien und Herzegowina durchgeführt wurden. Weiters werden qualitative Daten herangezogen, die in Form von ExpertInneninterviews (Kroatien, Serbien und Österreich) und Fokusgruppeninterviews (Kroatien und Serbien) erhoben wurden.

Bei den quantitativen Daten handelt es sich um repräsentative Face-to-Face-Befragungen in Kroatien (1.000 Befragte), Serbien (780 Befragte) sowie Bosnien und Herzegowina (1.500 Befragte).⁶

Für die qualitative Analyse wurden mit Hilfe der zuvor durchgeführten Themenanalyse auf Basis der ExpertInnen- und Fokusgruppeninterviews Themenbereiche für die weitergehende Analyse festgelegt, die sowohl die Fragestellung der Studie, die sich auf die subjektive Wahrnehmung der Demokratieentwicklung bezog, als auch die Themen der quantitativen Erhebung am besten zu ergänzen und zu vertiefen versprachen. Diese Bereiche waren das nationale politische System, die Europäische Union und die Zivilgesellschaft. Aus diesen wurden charakteristische Zitate der ExpertInnen- und Fokusgruppeninterviews ausgewählt und einer Tiefenanalyse unterzogen. Dabei ist zu betonen, dass sich die Analyse ausschließlich auf die ausgewählten Zitate bezieht, das gesamte Textmaterial aber vielfältiger ist. Die Tiefenanalyse wurde mit Hilfe der Grobanalyse nach Froschauer/ Lueger (1992) durchgeführt. Wie dort beschrieben, wird der Text in Paraphrasen zerlegt. Das heißt, dass das zentrale Thema des ausgewählten Textteils entsprechend dem Alltagsverständnis in Kurzform angegeben wird. Aus diesen Teilen werden dann in einem mehrstufigen Verfahren in einer Interpretationsgruppe sowohl die Intentionen, die sich aus dem Text ergeben, als auch die strukturellen, gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die sich im Text widerspiegeln, herausgearbeitet.⁷

Es ist unsere Absicht, mit Hilfe des entwickelten VON-Indexes zu zeigen, dass die Beantwortung der Frage nach der Veränderungsbereitschaft der jeweiligen Bevölkerung viel komplexer ist, als dies die oben angeführten ersten Ergebnisse vermuten lassen.

2. Der VON-Index

Im Rahmen der Sekundäranalyse war es das Ziel, mit dem VON-Index⁸ innerhalb der drei untersuchten Transformationsgesellschaften einzelne Bevölkerungsgruppen zu

6 Die statistische Analyse wurde von Isabella Hager durchgeführt.

7 Die qualitative Analyse wurde von Magdalena Tauber geleitet. Die Interpretation wurde unterstützt von Katharina Miko, Valerie Moser und Karin Sardavar durchgeführt.

8 Die Abkürzung »VON« ergibt sich aus den Merkmalen »Vertrauen«, »Optimismus« und »ErNeuerung«.

identifizieren, die Veränderungen des politischen Systems auf unterschiedliche Weise erleben, und diese Veränderungen auch unterschiedlich bewerten.

Für die Zusammensetzung des Indexes bzw. für die Auswahl der dafür verwendeten Variablen waren inhaltliche Kriterien (Vertrauen als zentraler Aspekt für Veränderungsbereitschaft) und methodische Kriterien (Länderdifferenzierung und Reliabilität) ausschlaggebend (siehe dazu die Ausführungen weiter unten).

Abgesehen von diesen Überlegungen erfolgte die Auswahl der Indikatoren (Variablen) für den Index aber auch nach rein pragmatischen Gründen. Nicht alle Variablen wurden für alle drei Länder erhoben und manche variieren auch nicht ausreichend, wie etwa die einheitlich hohe Befürwortung eines EU-Beitritts in allen Ländern.

Der VON-Index unterlag auch einem Anpassungsprozess: Im Zuge der Auswertungen der serbischen und kroatischen Daten wurde die spätere Umfrage in Bosnien und Herzegowina berücksichtigt. Dies führte dazu, dass die Variablen, aus welchen der VON-Index für Serbien und Kroatien gebildet wurde, neuerlich verändert werden mussten, da im bosnisch- und herzegowinischen Fragebogen nicht alle Fragen enthalten bzw. identisch abgefragt wurden.⁹ Der VON-Index zeichnet sich dadurch aus, dass er demnach – je nach Datengrundlage und untersuchten Nationen – verändert, verbessert und ergänzt werden kann.

Für den VON-Index wurden folgende drei Kriterien herangezogen.

Kriterium 1: Vertrauen als zentraler Aspekt für Veränderungsbereitschaft

Ausschlaggebend für die Indexbildung waren zunächst Überlegungen zu notwendigen Voraussetzungen für die Einrichtung und Stabilisierung demokratischer Ordnungen. Die von uns untersuchten Transformationsgesellschaften befinden sich mitten in der Entwicklung hin zu einer Demokratie. Dies gibt Anlass dafür, einen kurzen Blick in die Literatur des abendländischen politischen Denkens zu werfen, um zu prüfen, welche Voraussetzungen in der politischen Theorie für die Demokratie genannt werden. Da wir auf die immer wieder angeführten Bedingungen im Rahmen dieses Artikels nicht im Detail eingehen können, greifen wir nur jene heraus, die für unser Interesse relevant sind.

Hans Vorländer lehnt sich an den Demokratietheoretiker Robert A. Dahl und die Forschungen von Manfred G. Schmidt an. Er nennt als zentrale Bedingungen für die Wahrscheinlichkeit einer funktionsfähigen Demokratie eine politische Kultur, die den demokratischen Prozess – den Konfliktaustrag und die Kompromissfindung – unterstützt und die zugleich dafür sorgt, dass Demokratie als positiv bewertete Staatsform – auch bei Krisen ihrer Institutionen und politischen Effizienz – von ihren BürgerInnen akzeptiert wird (Vorländer 2003, 96–97).

Die Akzeptanz des demokratischen Prozesses durch die BürgerInnen ist für uns besonders wichtig: Es geht hier nämlich um die Frage nach der Bereitschaft der Bür-

9 In Bosnien und Herzegowina wurden einzelne soziale Merkmale zur Arbeitssituation der Befragten, die Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung, die regionale Identifikation u. a. nicht erhoben. Das Vertrauen in Militär, Parlament, Kirche, Präsident und Premierminister konnte aufgrund der unterschiedlichen Abfragemodalität nicht verglichen werden. Diese Items wurden jeweils getrennt für die beiden Teilrepubliken Republika Srpska und Bosnien-Herzegowina erhoben. Die Befragungsergebnisse sind daher mit jenen für die beiden anderen Länder nicht vergleichbar.

gerInnen, auf das gegenwärtige, sich entwickelnde demokratische System zu vertrauen und die damit einhergehenden Veränderungen mitzutragen.

Der Zerfall der kommunistischen Staaten des ehemaligen Ostblocks war mit ausschlaggebend für die Renaissance der Vertrauensforschung.¹⁰ Es stellte sich die Frage, von welchen Faktoren die Leistungsfähigkeit politischer Institutionengebilde abhängig ist. Wie kommt es, dass dieselben Institutionen in unterschiedlichen Ländern unterschiedlich gut funktionieren? Robert Putnam (1993) konnte empirisch zeigen, dass die Leistungsfähigkeit politischer Institutionen von dem in einer Gesellschaft vorhandenen »Sozialkapital«¹¹ – und damit auch vom existierenden Vertrauensniveau – abhängt. Die Effekte von Vertrauen sind jedoch nicht nur in der ökonomischen oder politischen, sondern auch in der gesellschaftlichen Sphäre wirksam. Das Leben in einer Gesellschaft, deren Mitglieder einander wechselseitig vertrauen, ist nach Adam Seligman (1997) besser und reicher als jenes in einer Gesellschaft, in der Misstrauen herrscht, da Vertrauen eine wichtige Voraussetzung für Kooperation ist. Die Abwesenheit von Vertrauen hat im Gegenzug fatale Konsequenzen.

»Die BürgerInnen verharren in Handlungsunfähigkeit, da die Kontingenz des Handelns der ›fellow citizens‹ zu hoch wird, damit beschleunigen und vertiefen sich bereits bestehende gesellschaftliche Desintegrationstendenzen, während der Vertrauenskredit, auf den die Routinearbeit des politischen Systems angewiesen ist, langsam verschwindet, die Kosten des politischen Prozesses steigen und die Effektivität der Implementation kollektiv bindender Entscheidungen sinkt« (Schaal 2004, 371–372).

Kriterium 2: Differenzierung der Länder

Jene Grundhaltungen und Einschätzungen, über die Einigkeit besteht (wie die in der Einleitung erwähnte Unzufriedenheit mit den neuen demokratischen und gesellschaftlichen Institutionen und das ihnen entgegengebrachte Misstrauen), bilden die Grundlage, um den Index zu interpretieren. Für dessen Inhalt bzw. Bestandteile ist hingegen das Herausarbeiten von charakteristischen Länderunterschieden ein weiteres wichtiges methodisches Kriterium. Dafür wurden vier Variablen herangezogen, die eine klare Differenzierung der Länder erlauben (Vertrauen in die Mitmenschen, Erwartungen an Effekte eines EU-Beitritts in bestimmten Bereichen, politische Erneuerung: Zustimmung zu undemokratischen Alternativen und veränderungsfreudiger vs. bewahrender Charaktertypus). Damit soll die Grundlage für möglichst gute Vergleiche geschaffen und die Situation der drei Länder anschaulich dargestellt werden.

Kriterium 3: Reliabilität und Stabilität der Messdimensionen

In den Messinstrumenten der SEB-Umfragen finden sich Fragenbatterien mit unterschiedlicher Reliabilität. So weisen beispielsweise die fünf Items zur Einschätzung der *erwarteten Effekte eines EU-Beitritts* eine hohe Reliabilität auf, welche an den hohen

10 Siehe dazu das fundamentale begriffstheoretische Werk von Sztompka zum Begriff des Vertrauens (Sztompka 1999) sowie die Analysen zur Wichtigkeit von Vertrauen in modernen Gesellschaften von Misztal (1996).

11 Unter »Sozialkapital« werden im Wesentlichen die sozialen Beziehungen und der soziale Zusammenhalt in einer Gesellschaft verstanden, die sich etwa durch die Anzahl der Kontakte im Freundeskreis, aber auch in Form der Partizipation in Vereinen, der Kontakte im Berufsleben und ähnlichem mehr zeigen.

wechselseitigen Interkorrelationen gemessen wird.¹² Dies bedeutet, dass alle fünf genannten Bereiche (Einschätzung der Effekte eines EU-Beitritts für »politische Stabilität«, »wirtschaftliche Entwicklung«, »stabile Preise«, »persönliches Einkommen« und »Arbeitslosigkeit«) wechselseitig stark miteinander zusammenhängen. Wer einer Konsequenz stark zustimmt, stimmt meist auch den anderen Konsequenzen deutlich zu.

Bei der Fragenbatterie zum *Vertrauen in Institutionen* hingegen erweisen sich einzelne Items als »inkonsistenter« als andere, d. h. sie passen weniger gut zu den anderen Items derselben Messdimension. So korrelieren z. B. das »Vertrauen in die Mitmenschen« oder das »Vertrauen in die Kirche« insgesamt weniger stark mit den anderen Bereichen des Vertrauens als das »Vertrauen in die Regierung« oder in andere politische Institutionen. Erfahrungsgemäß zeigt sich, dass diese weniger stark mit allen anderen Bereichen zusammenhängenden Items (u. a. »Vertrauen in die Mitmenschen«, »Vertrauen in die Kirche«) auch jene sind, bei denen im Zeitvergleich das Antwortverhalten der Befragten stabiler ist. Das Vertrauen in die Mitmenschen oder in die Kirche ändert sich für die Befragten nicht so schnell wie beispielsweise das Vertrauen in die politischen Institutionen (etwa »Vertrauen in die Regierung«, »Vertrauen in die Parteien«, »Vertrauen in den Präsidenten« u. ä.). Die entsprechenden Ergebnisse können, je nach politischer Stimmungslage oder vorangegangenen Wahlergebnis, zu verschiedenen Erhebungszeitpunkten sehr unterschiedlich ausfallen.¹³

Neben ihrer Eignung, länderspezifische Unterschiede darzustellen, sollen die für den Index verwendeten Dimensionen also einerseits eine möglichst hohe Reliabilität der Messergebnisse sichern und andererseits möglichst geringen messzeitpunktabhängigen Schwankungen unterliegen, um weitere Vergleiche in den kommenden Jahren zuzulassen. Zusätzlich soll der Index insgesamt eine möglichst geringe Komplexität aufweisen, er soll für Vergleiche geeignet sein und auch für andere Länder berechnet werden können.

Für das Vertrauen in die Mitmenschen, die Zustimmung zu undemokratischen Alternativen und auch den dichotom abgefragten Charaktertyp (veränderungsfreudig gegenüber Altes bewahrend) nehmen wir ein stabiles Antwortverhalten der Befragten an.¹⁴

Das Vertrauen in die Regierung bzw. in andere (neue) demokratische und gesellschaftliche Institutionen sowie die Bewertung des aktuellen politischen Systems wurden aufgrund ihrer starken Abhängigkeit vom jeweiligen Messzeitpunkt nicht in den Index aufgenommen. Die jeweilige konkrete politische Stimmungslage kann dann im Zusammenhang mit der vom VON-Index gemessenen politischen Veränderungsbereitschaft analysiert werden.

12 Dies kann z. B. mit Cronbach's-Alpha Reliabilitätsanalyse getestet werden.

13 Im Rahmen von Sekundäranalysen zur Qualität des Erhebungsinstruments (Hager/ Hudler/ Richter 2001) wurden einige Reliabilitätsanalysen durchgeführt, insbesondere zum Vertrauen in soziale Institutionen. Verglichen wurden die Länder Tschechien, Polen und Ungarn anlässlich mehrerer Befragungswellen zwischen 1994 und 1998. Dabei zeigten sich bei der Messung politischer Einstellungen im Zeitvergleich unterschiedlich stabile Indikatoren.

14 Die für die Erhebungen in Kroatien, Serbien und Montenegro sowie in Bosnien und Herzegowina gewählten Variablen wurden im Zeitverlauf bisher noch nicht untersucht. Diese Annahme müsste daher noch im Rahmen weiterer ländervergleichender Sekundäranalysen überprüft werden.

Die vier ausgewählten Messdimensionen (Vertrauen in die Mitmenschen, Erwartungen an Effekte eines EU-Beitritts sowie die Befürwortung bzw. Ablehnung undemokratischer Alternativen und die Bereitschaft, Neues auszuprobieren) entsprechen den eben genannten Kriterien (Vertrauen als zentraler Aspekt für Veränderungsbereitschaft, Differenzierung der Länder und Reliabilität der Messdimensionen). Sie werden nun ausführlich dargestellt.

3. Vertrauen, Optimismus und ErNeuerung

3.1 *Vertrauen in die Mitmenschen*

Wie bereits oben erwähnt (Kriterium 1: Vertrauen als zentraler Aspekt für Veränderungsbereitschaft), wird die Bedeutung von Vertrauen für die Entwicklung von Demokratien in der Transformationsforschung sehr hoch eingeschätzt.

Methodisch ist »Vertrauen in die Mitmenschen« als relativ unabhängig von den anderen genannten gesellschaftlichen Institutionen zu betrachten. Die Messdimension »Vertrauen« besteht in den Untersuchungen des Süd-Osteuropa-Barometers aus 15 Einzelitems für verschiedene politische und staatliche Institutionen, Medien, Privatunternehmen und Handelsvereinigungen bzw. die Kirche. »Vertrauen in die Mitmenschen« ist ein besonderes Item. Erfahrungsgemäß wird Vertrauen in Institutionen sehr stark von der aktuellen politischen Stimmungslage im Land beeinflusst – nur das Vertrauen in die Mitmenschen ist davon unabhängig, wie Untersuchungen zum Süd-Osteuropa-Barometer zeigen (Eder/Hager/Hudler 2005 und Hager/Hudler/Richter 2001).

Nach Wahlen oder anderen politisch relevanten Vorkommnissen ändert sich das Vertrauen in Institutionen wie etwa Regierung, Parteien, PräsidentIn, Militär, Polizei, Behörden unter Umständen sprunghaft. Es unterliegt somit großen Schwankungen und hängt stark vom Erhebungszeitpunkt ab. Dies ist für die Berechnung eines Indexes ungünstig, da Messergebnisse sehr unterschiedlich ausfallen (z. B. vor oder nach einer Wahl).

Um den Index nicht von diesen Schwankungen zu beeinflussen (Kriterium 3: Reliabilität der Messdimension) und dennoch das Vertrauen als wichtigen Indikator für gesellschaftliche und politische (demokratische) Weiterentwicklung zu berücksichtigen, wurde das Vertrauen in die Mitmenschen als jener Bereich ausgewählt, der sich am ehesten als von der jeweiligen politischen Situation unabhängig und am stabilsten erweist. Zusätzlich zeigt das Vertrauen in die Mitmenschen in den drei untersuchten Ländern auch deutliche länderspezifische Unterschiede (bei den anderen Bereichen ist dies bisher nicht der Fall) (Kriterium 2: Länderdifferenzierung). Die Variable erfüllt somit alle drei Kriterien, die dem VON-Index zugrunde liegen.

Tatsächlich ist der Anteil der kroatischen und serbischen Bevölkerung, die gemäß unserer Untersuchung Vertrauen in ihre Mitmenschen hat, ungefähr gleich groß wie in Österreich, und umfasst rund 50 Prozent der Befragten. Die Bevölkerung Bosniens und Herzegowinas fällt hier wiederum durch verstärktes Misstrauen in die Mitmenschen auf: Lediglich ein Viertel (26 Prozent) der Befragten hat Vertrauen in ihre Mitmenschen, 49 Prozent geben hingegen kein entsprechendes Vertrauen an.

3.2 Erwartungen an Effekte eines EU-Beitritts in bestimmten Bereichen

Die subjektive Einstellung zur EU wurde mit den Fragen nach einer Befürwortung eines EU-Beitritts sowie nach einer Einschätzung der Konsequenzen erhoben. Wie bereits erwähnt, wurde die Zustimmung zum EU-Beitritt nicht für den Index berücksichtigt, da diese von jeweils 80 Prozent der Befragten aller untersuchten Bevölkerungen geteilt wurde und somit kaum eine Differenzierung einzelner Bevölkerungsgruppen erlaubt.

Aufgrund der Debatten zur EU-Erweiterung wurden schließlich die möglichen Folgen eines EU-Beitritts als Bestandteil des Indexes gewählt. Dabei wurden die Befragten gebeten, die erwarteten Folgen eines EU-Beitritts einzuschätzen. Diese Einschätzung wurde im Index als optimistische versus pessimistische Grundhaltung gegenüber einer Teilnahme an einem gemeinsamen Europa berücksichtigt. Diese Messdimension bezeichneten wir im Rahmen unserer Auswertungen als Index »EU-Optimismus«. Wir gingen davon aus, dass wer die nationale Entwicklung des politischen Systems nach europäisch-demokratischem Vorbild positiv bewertet, auch die politische Öffnung in Richtung Europäische Union als positive Erneuerung betrachten wird. Der EU-Optimismus wird somit als Indikator für Veränderungs- und Erneuerungsbereitschaft herangezogen. Dieser Variable liegen Kriterium 1 (Vertrauen) und Kriterium 2 (Länderdifferenzierung) zugrunde.

Der Anteil jener Befragten, welche für alle fünf ausgewählten Bereiche¹⁵ positive Effekte von einem EU-Beitritt erwarten, beträgt in Kroatien rund 20 Prozent, im Vergleich mit über 30 Prozent in Serbien und über 40 Prozent in Bosnien und Herzegowina. In Bosnien und Herzegowina verbindet sich ein starkes Misstrauen in die Regierung mit einer gleichzeitig großen Hoffnung, dass sich die Situation des eigenen Landes durch einen EU-Beitritt verbessern wird. Dieser Widerspruch lässt sich für uns u. a. damit erklären, dass Bosnien und Herzegowina im Gegensatz zu Kroatien und Serbien noch über kein von allen Bevölkerungsgruppen anerkanntes Staatsgebilde verfügt. Die Teilung des Landes (in zwei weitgehend selbständige Teilstaaten/Entitäten – die Republika Srpska und Bosnien-Herzegowina – sowie in den von der EU verwalteten Kanton Brčko) erschwert somit die Identifikation mit einem gemeinsamen Staat. Der vergleichsweise geringere EU-Optimismus der kroatischen Bevölkerung lässt sich hingegen darauf zurückführen, dass in Kroatien zum Erhebungszeitpunkt 2002 bereits konkret über mögliche Beitrittsverhandlungen diskutiert wurde und die Bevölkerung damit die Situation realistischer und genauer einzuschätzen vermag (siehe dazu auch Kap. 4).

Zwischen Serbien und Kroatien besteht ein entscheidender Unterschied. Bei den serbischen Befragten steht der gemessene EU-Optimismus mit den wichtigsten anderen Variablen zu Zufriedenheit, Integration und individueller sozioökonomischer Lage in Zusammenhang. Jene Bevölkerungsgruppe in Serbien, welche die Konsequenzen eines EU-Beitritts negativ beurteilt, ist älter, besitzt geringere Bildungsabschlüsse

15 Dazu gehören politische Stabilität, wirtschaftliche Entwicklung, stabile Preise, persönliches Einkommen und Arbeitslosigkeit.

und ist mit den abgefragten erwarteten Effekten eines Beitritts unzufriedener als die Gruppe der EU-OptimistInnen. In der kroatischen Bevölkerung hingegen hängt die Einschätzung der Folgen eines EU-Beitritts weniger von sozialen Merkmalen der Befragten ab: Negative Erwartungen an einen EU-Beitritt bestehen hier auch bei sozial privilegierten Personen.¹⁶

3.3 Politische Erneuerung

Die Bereitschaft zur politischen Weiterentwicklung und Erneuerung wird mit zwei Dimensionen erfasst: Einerseits mit der Ablehnung undemokratischer politischer Alternativen und andererseits mit der jeweils persönlichen Zuordnung der Befragten zu einem veränderungsfreudigen versus (Altes) bewahrenden Charaktertyps.

Die Zustimmung zu undemokratischen Alternativen wird in der Regel mit drei Einzelitems erhoben: Rückkehr zum ehemaligen Kommunismus, Sehnsucht nach einem starken Führer und Wunsch nach einer Militärdiktatur. Diese Messdimension zeigt einen geringen Zusammenhang mit dem bestehenden Vertrauen in Institutionen sowie mit dem Vertrauen in die Mitmenschen. Zusätzlich weist diese Variable so wie »Vertrauen in die Mitmenschen« deutliche länderspezifische Unterschiede auf. Sie erfüllt somit alle drei für den VON-Index wichtigen Kriterien (Vertrauen, Länderdifferenzierung und Reliabilität).

Inwieweit die genannten undemokratischen Regierungsformen abgelehnt bzw. gewünscht werden, wird als Indikator für die Veränderungsbereitschaft zu einem demokratischen System im Index berücksichtigt.

Die bosnisch- und herzegowinische Bevölkerung hat die stärkste Sehnsucht nach Alternativen zum kritisierten aktuellen politischen System: Jeweils knapp die Hälfte (47 Prozent) wünscht sich den Kommunismus zurück und/ oder einen starken Führer an der Staatsspitze. In Serbien ist dies jeweils nur knapp ein Viertel: 26 Prozent der Befragten wünschen sich den Kommunismus zurück und 25 Prozent einen starken Führer. In Kroatien sind diese Anteile am geringsten: 16 Prozent der KroatInnen sehnen sich nach dem ehemaligen Kommunismus und immerhin 18 Prozent äußern den Wunsch nach dem starken Führer. Am wenigsten besteht der Wunsch nach einer Armeediktatur – dafür treten auch in Bosnien und Herzegowina »nur« 19 Prozent der Bevölkerung ein. In der bosnisch- und herzegowinischen Bevölkerung hängt diese Sehnsucht nach dem ehemaligen kommunistischen System sehr stark mit der Unzufriedenheit mit dem aktuellen System zusammen.

Die Variable des veränderungsfreudigen versus bewahrenden Charaktertyps hat methodisch den Vorteil, dass hier ebenfalls charakteristische Länderunterschiede beobachtet werden können (Kriterium 2). Ein zusätzlicher Vorteil besteht im Fehlen einer »neutralen« Antwortkategorie, was die Befragten zwingt, sich für eine klare Präferenz zu entscheiden.

¹⁶ Dies zeigt sich nach eingehender Analyse der Korrelationen der einzelnen Messdimensionen untereinander, die für alle drei Länder getrennt untersucht und verglichen wurden (siehe dazu den Endbericht zum Projekt Nr. 10.409 des Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank: Hager/ Tauber/ Richter/ Petritsch 2004).

Die auf diese Weise erhobene Bereitschaft, Neues auszuprobieren, wird ebenfalls als zentraler Indikator für Veränderungsbereitschaft (Kriterium 1) verstanden. Die Präferenz, Neues auszuprobieren, misst die grundsätzliche Bereitschaft der Befragten, sich auf neue politische und wirtschaftliche Veränderungen einzulassen und diesen auch etwas Positives zuzuschreiben. Die Haltung »früher war alles besser« ist für Länder im Umbruch sicher ein großes politisches Hindernis für deren Weiterentwicklung. Hingegen kann die Bereitschaft, Neues auszuprobieren, als Voraussetzung für die politische Weiterentwicklung einer Transformationsgesellschaft gelten.

Mehr als die Hälfte (59 Prozent) der bosnisch- und herzegowinischen Bevölkerung will lieber Altbewährtes beibehalten, die Mehrheit der serbischen Bevölkerung (68 Prozent) Neues ausprobieren. In Kroatien treten jeweils 50 Prozent der Befragten für eine der beiden Alternativen ein.

4. Drei Ausprägungen des VON-Indexes – Hohe, ambivalente und geringe Veränderungsbereitschaft

Die Variablen Vertrauen in die Mitmenschen, Erwartungen an Effekte eines EU-Beitritts, Befürwortung bzw. Ablehnung undemokratischer politischer Alternativen sowie die Bereitschaft, Neues auszuprobieren, werden nun als Indikatoren für die Bereitschaft zu politischer Erneuerung herangezogen.

Alle diese vier Variablen stellen wichtige Faktoren für das persönliche Wohlbefinden der Befragten sowie für deren politische Einstellung dar und haben insgesamt einen hohen Erklärungswert. Diese vier Merkmale wurden dichotomisiert¹⁷ und anschließend für alle Befragten untersucht, wie viele der vier Kriterien positiv bzw. negativ beurteilt wurden.

Anhand dieser Häufigkeiten sowie der Untersuchung aller möglichen Konstellationen positiver und negativer Antworten identifizierten wir schließlich drei Gruppen bzw. drei unterschiedliche Ausprägungen des VON-Indexes:

1. Ein »hoher« VON-Index bedeutet, dass höchstens *eine* der vier Variablen negativ ausprägt ist. Diese Gruppe besteht vorwiegend aus Befragten, die alle vier Fragen positiv beurteilen, bzw. aus solchen Personen, die bei positiver Bewertung der übrigen Fragen die erwarteten Effekte eines EU-Beitritts nicht uneingeschränkt positiv einschätzen, was auch für deren realistischere Bewertung spricht (siehe die Ausführungen zu Kroatien am Ende von Kap. 4).

¹⁷ Die Variable »Charaktertyp« ist bereits dichotom im Sinne von »veränderungsbereit« versus »(Altes bewahrend)«. Die Variable »Vertrauen in die Mitmenschen«, welche in Form einer 7-stufigen Skala erhoben wurde, wurde in »Vertrauen« (Ausprägungen 5 – 7) und »neutral/ kein Vertrauen« (1 – 4) rekodiert. Bei der Variable »EU-Optimismus« wurde unterschieden zwischen positiver Sichtweise (wenn alle fünf erwarteten Effekte eines EU-Beitritts positiv eingeschätzt wurden) und neutraler/ negativer Sichtweise (wenn zumindest eine der fünf Konsequenzen negativ eingeschätzt wurde). Im Zusammenhang mit »Politischer ErNeuerung« wurde zwischen Zustimmung zu und Ablehnung von undemokratischen Alternativen differenziert: Wer bei zwei von drei Items (»Rückkehr zum Kommunismus«, »Wunsch nach starkem Führer«, »Wunsch nach Militärdiktatur«) die Antwort »stimme eher nicht zu« wählte, war bereits in der »zustimmenden« Gruppe.

2. Von einem »ambivalenten« VON-Index ist dann die Rede, wenn die Antworten auf die vier Fragen (Variablen) halb positiv und halb negativ ausfallen. Diese Befragten sind sehr oft EU-skeptisch bzw. haben auch weniger Vertrauen in die Mitmenschen, sie sind aber meist bereit, Neues auszuprobieren, und lehnen undemokratische Alternativen größtenteils ab.
3. Ein »niedriger« VON-Index liegt dann vor, wenn alle Items oder zumindest drei davon negativ bewertet werden. Zu dieser Gruppe zählen sowohl die Mehrheit jener, die eine undemokratische politische Alternative bevorzugen, als auch jene, die alle vier Fragen negativ beurteilen.

Einen Überblick über die Ausprägungen gibt Tabelle 1.

VON-Index	Kroatien	Serbien	Bosnien und Herzegowina	Gesamt
hoch	28	37	15	25
ambivalent	34	32	28	31
niedrig	38	32	57	44
n =	866	687	1.097	2.650

Quelle: SEB-Umfragen 2002 (Kroatien, Serbien) und 2004 (Bosnien und Herzegowina), eigene Berechnungen

Interpretiert man gemäß unseren Variablen einen hohen VON-Index mit großer Veränderungsbereitschaft und unterteilt die Bevölkerungen in die genannten drei Gruppen, so erweist sich Serbien als das »veränderungsfreudigste« Land – dies liegt wohl am starken EU-Optimismus der serbischen Bevölkerung. In Kroatien fallen etwa 38 Prozent in die Kategorie »geringe Veränderungsbereitschaft«, was im Wesentlichen aus dem bereits weit fortgeschrittenen Stadium der Annäherung an die EU erklärt werden kann (siehe dazu die Ausführungen gegen Ende von Kap. 4).

In Bosnien und Herzegowina zeigt sich eine besonders starke Zurückhaltung in der Veränderungsbereitschaft auf dem Weg zur Demokratie, was wohl auch mit der als außerordentlich schlecht bewerteten aktuellen politischen und wirtschaftlichen Situation zusammenhängt. Die Mehrheit der bosnisch- und herzegowinischen Bevölkerung (57 Prozent) bringt laut dieser Kategorisierung keine Veränderungsbereitschaft auf, mehr als die Hälfte ist in der Gruppe mit niedrigem VON-Index und mehr als ein Viertel (28 Prozent) ist »ambivalent«. Dieser Umstand ist vor allem auf die große Sehnsucht der Befragten nach dem ehemaligen kommunistischen System zurückzuführen.

Wie wir aus den qualitativen Befunden der ExpertInnen- und Fokusgruppeninterviews erfahren haben, ist für Serbien ein EU-Beitritt nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch mit großen Hoffnungen verknüpft.

Die Notwendigkeit, im Falle eines Beitritts bei der Ausgestaltung des politischen Institutionensystems der EU zu entsprechen, nährt die Hoffnung, dass nach wie vor

vorhandene autoritäre Züge des politischen Systems Serbiens beseitigt werden müssen. Ein klarer Bruch mit den bisherigen Strukturen und Mechanismen der politischen Praxis gilt als entscheidend für die Weiterentwicklung des serbischen politischen Systems.

Nach Meinung der befragten ExpertInnen ist dies bisher jedoch noch nicht erfolgt. Als Gründe für den noch nicht vollzogenen Bruch mit der bisherigen autoritären politischen Kultur des Landes werden die nicht funktionierende Gewaltenteilung und im Speziellen der Einfluss der so genannten »ökonomischen Elite« genannt. Diese »ökonomische Elite« etablierte sich während des Milošević-Regimes in den 1990er-Jahren im Zuge des (illegalen)¹⁸ Privatisierungsprozesses staatlicher Unternehmen. Sie macht ihren Einfluss aufgrund der gewachsenen Verquickung mit den politischen RepräsentantInnen nach wie vor geltend. Es ist nachvollziehbar, dass diese »ökonomische Elite« wenig Interesse an Veränderungen des politischen Systems zeigt, da durch die Etablierung von unabhängigen demokratischen Institutionen wie etwa einer politisch unabhängigen Justiz VertreterInnen dieser »ökonomischen Elite« zur Rechenschaft gezogen werden können. Einen möglichen Ausweg aus dieser Situation sieht man daher in einem EU-Beitritt Serbiens, der die Etablierung entsprechender Institutionen mit sich bringen würde. Mit einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist die Erwartung verknüpft, an jene Länder anschließen zu können, die bereits einen politischen Modernisierungsprozess vollzogen haben. Die befragten ExpertInnen erhoffen sich davon, die derzeit bestehende Reformblockade aufheben zu können.

Für die Befürwortung eines EU-Beitritts ist jedoch ein weiterer, nicht zu unterschätzender Aspekt verantwortlich. Serbien fühlt sich, den ExpertInnen zufolge, Europa aufgrund seiner »historischen Rolle als Verteidiger des Christentums« zugehörig. Die ExpertInnen weisen darauf hin, dass Serbien in seiner Selbstwahrnehmung bereits deshalb zu Europa gehöre. Eine EU-Mitgliedschaft wäre demnach die logische Konsequenz dieser bereits wahrgenommenen bzw. bestehenden (kulturellen, religiösen) Zugehörigkeit.

Dieser letztgenannte Aspekt zeigt sich auch in Kroatien. Kroatien fühlt sich Europa zugehörig und dies spricht nach Ansicht der ExpertInnen für einen EU-Beitritt.

Ein Grund dafür, dass in Kroatien die Zustimmung zu einem EU-Beitritt im quantitativen Vergleich mit den anderen beiden Ländern niedriger ausfällt, ist nach Ansicht

18 Während des Milošević-Regimes etablierte sich im Zuge der Privatisierung eine ökonomische Elite, die für den politischen Prozess in Serbien nach wie vor wichtig ist. Anfang der 1990er-Jahre wurden einerseits staatliche Unternehmen privatisiert, andererseits kam es zur Gründung vieler kleiner Firmen. Die meisten Firmengründer stammten aus der früheren herrschenden Klasse des sozialistischen Systems. Auch während des Milošević-Regimes hatten sie politische Funktionen inne bzw. besetzten Managerpositionen in den Staatsunternehmen. Die Gründung von kleinen, privaten Unternehmen durch jene Personen, die gleichzeitig (politische) Führungsfunktionen in den Staatsunternehmen inne hatten, verfolgte den Zweck, die Eigentumsrechte des gesamten Staatsvermögens auf diese Firmen zu übertragen. Politische Macht wurde eingesetzt, um diese in ökonomische Macht zu transformieren. Die Kontrolle des Milošević-Regimes über diesen Wirtschaftsbereich ermöglichte also die systematische Veränderung der gesamten Eigentumsstruktur der Staatsunternehmen. Mit dieser Vorgehensweise (Gründung von privaten Unternehmen) konnten auch die über Serbien verhängten Sanktionen der Vereinten Nationen umgangen werden. Aufgrund dieser Sanktionen war etwa Staatsunternehmen der Ölhandel verboten. Übertrug man jedoch die Eigentumsrechte auf eine kleine private Firma, so konnten über diese der Ölhandel abgewickelt und die Sanktionen umgangen werden.

der befragten ExpertInnen, dass Kroatien zum Erhebungszeitpunkt 2002 bereits Vorgespräche mit der EU über einen Beitritt führte. Die dabei gemachten Erfahrungen dürften zu einer gewissen Ernüchterung beigetragen haben. Die inhaltlichen Anforderungen treten aufgrund der quantitativ umfangreichen und bürokratischen Auflagen bzw. Forderungen der EU in den Hintergrund. Auch hat die Europäische Union die alleinige Definitionsmacht über Beitrittsbedingungen – ein tatsächliches Interesse der EU an einem Beitritt Kroatiens wurde lange Zeit nicht vermittelt.

Die serbische Bevölkerung bewertet das ehemalige kommunistische System deutlich schlechter als die kroatische Bevölkerung (und zwar 50 Prozent der in Serbien Befragten gegenüber einem Drittel der kroatischen Stichprobe). Dennoch lehnt die Mehrheit der serbischen (74 Prozent) und kroatischen Bevölkerung (84 Prozent) eine Rückkehr zum ehemaligen kommunistischen System ab und betrachtet Veränderungen als notwendig. Die Befragten setzen demnach eher Hoffnungen und Vertrauen in das aktuelle bzw. erwartete, künftige (demokratische) System.

Dass sich die Menschen damals sicherer und beschützter fühlten als heute, ist nach Auffassung der interviewten kroatischen ExpertInnen ein wesentlicher Grund dafür, warum die KroatInnen das ehemalige kommunistische System positiv bewerten. Früher gab es einen sicheren Arbeitsplatz, Urlaub und eine Absicherung im Krankheitsfall. Die positive Wahrnehmung des ehemaligen Systems hängt also stark mit Fragen der Lebensqualität und sozialen Sicherheit zusammen. Allerdings wird auch davon ausgegangen, dass diese positive Wahrnehmung des ehemaligen kommunistischen Systems auf die – in den 1990er-Jahren von der HDZ (Partei der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft) durchgeführte – »wilde Privatisierung« zurückzuführen ist. Die Wahrnehmung großer Ungerechtigkeit im Zuge der Privatisierung hat nach Einschätzung der ExpertInnen wesentlich zur Aufwertung des ehemaligen kommunistischen Systems beigetragen.

5. Hoffen und Gewinnen – Zweifeln – Verzweifeln und Verlieren – Drei Bevölkerungsgruppen und ihre Stimmungslagen

Der VON-Index ermöglichte es, drei Bevölkerungsgruppen zu unterscheiden, welche nun in Bezug auf ihre sozialen Merkmale und Einstellungen beschrieben werden.

Die Gruppe der *Veränderungsfreudigen* – mit hohem VON-Index – ist vertrauensvoll und schätzt die Folgen eines EU-Beitritts positiv ein. Diese Gruppe umfasst in Kroatien 28 Prozent und in Serbien 37 Prozent der Befragten, in Bosnien und Herzegowina jedoch lediglich rund 15 Prozent.

Wer der politischen Entwicklung und vor allem den politischen Umwälzungen mit all ihren ungewissen Konsequenzen optimistisch und hoffnungsvoll entgegensehen kann, der/ die verfügt meist über mehr soziale Privilegien als andere. Dies bewirkt soziale Sicherheit und lässt sogar auf weitere persönliche soziale oder berufliche Vorteile hoffen. Zu dieser Gruppe zählen überwiegend Männer – diese stellen in Bosnien und Herzegowina etwa 60 Prozent der Veränderungsfreudigen, bei einem Männeranteil an der Gesamtstichprobe von 49 Prozent.

Weiters gibt es in dieser Gruppe relativ wenig ältere Menschen: Beispielsweise sind in Kroatien 80 Prozent der Veränderungsfreudigen unter 50 Jahre alt, in der kroatischen Gesamtstichprobe hingegen zwei Drittel der Befragten.

Besonders groß sind auch die Anteile mit hohem Bildungsgrad: In Serbien umfasst der Anteil der AkademikerInnen an den Veränderungsfreudigen 29 Prozent der Befragten gegenüber einem Anteil der AkademikerInnen an der Gesamtstichprobe von 22 Prozent. In Kroatien lauten die Vergleichswerte 19 Prozent an den Veränderungsfreudigen gegenüber 13 Prozent insgesamt; in Bosnien und Herzegowina sind 24 Prozent der Befragten mit Universitätsabschluss in der veränderungsfreudigen Gruppe gegenüber 11 Prozent AkademikerInnen in der Gesamtstichprobe.

Erwartungsgemäß ist es auch um das Einkommen der Veränderungsfreudigen besser bestellt: So sind die veränderungsfreudigen Befragten aus Bosnien und Herzegowina in der Gruppe der »BestverdienerInnen« ihres Landes (über 350,- € im Monat) mit einem Anteil von 27 Prozent vertreten, während es in der gesamten Stichprobe nur 15 Prozent Veränderungsfreudige gibt. In Kroatien sind unter den BestverdienerInnen (über 800,- € im Monat) 32 Prozent Veränderungsfreudige gegenüber 28 Prozent in der Gesamtstichprobe, und in Serbien beträgt der Anteil der Veränderungsfreudigen in der höchsten Einkommenskategorie (über 300,- € im Monat) 46 Prozent gegenüber 37 Prozent unter den Befragten aller Einkommensgruppen. Die befragten BestverdienerInnen sind mit allen erhobenen Lebensbereichen zufriedener – ein hoher Lebensstandard ist für diese Gruppe wichtiger als für die anderen.

Die Veränderungsfreudigen blicken in die Zukunft: In allen drei Ländern werden die früheren kommunistischen Regierungssysteme abgelehnt, das aktuelle System wird jeweils tendenziell neutral bewertet – nur in Bosnien und Herzegowina sehen auch die Veränderungsfreudigen das aktuelle System als negativ an und mehr als ein Viertel würde sogar gerne zum ehemaligen kommunistischen System zurückkehren.

Hauptkennzeichen der *ZweiflerInnen*, die einen mittleren VON-Index aufweisen und die wir als »ambivalent« bezeichnet haben, ist die Skepsis gegenüber den Effekten, die ein EU-Beitritt mit sich bringen würde. Eine EU-Mitgliedschaft ihres Heimatlandes befürwortet zwar auch diese Gruppe mehrheitlich, allerdings werden dessen Auswirkungen sowie die politischen und ökonomischen Veränderungen anders eingeschätzt. Nach Ansicht der ExpertInnen ist die Diskussion über mögliche Nachteile eines EU-Beitritts hauptsächlich von nationalistischen Argumenten und von der Befürchtung geprägt, dass ausländische Investoren das Land »aufkaufen« könnten.

Die ZweiflerInnen sind nicht so privilegiert wie die Veränderungsfreudigen – gemessen an Bildung und Einkommen liegen sie nur knapp über dem Durchschnitt. Etwas stärker vertreten sind die unter 30-Jährigen: In Serbien sind insgesamt 28 Prozent der Stichprobe unter 30 Jahre alt, unter den ZweiflerInnen sind dies 37 Prozent der Befragten. In Kroatien sind diese Anteile sehr ähnlich – insgesamt 31 Prozent sind jünger als 30 Jahre, unter den ZweiflerInnen 38 Prozent. In Bosnien und Herzegowina sind diese Altersunterschiede weniger deutlich – hier sind 25 Prozent der Gesamtstichprobe jünger als 30 Jahre, die ZweiflerInnen weisen mit 30 Prozent einen leicht erhöhten Anteil in dieser Altersgruppe auf.

Zweifel und Skepsis sind für diese Gruppe prägend, und *nicht* der Faktor der Unterprivilegierung. Diese Befragten haben zwar etwas weniger Vertrauen in die Menschen – vielleicht hat ihnen das Kriegsgeschehen dieses geraubt –, sie entsprechen aber insgesamt dem Durchschnitt der Bevölkerung. Mit verschiedenen Lebensbereichen sind sie – wohl weil sie eher jünger sind – zufriedener als der Durchschnitt, und im Hinblick auf die Beurteilung der politischen Systeme zeigen sie weder größere Zustimmung noch größere Ablehnung. Die Hälfte der ZweiflerInnen in Bosnien und Herzegowina will zurück zum ehemaligen kommunistischen System.

Die pessimistischen und EU-ablehnenden *BewahrerInnen* – mit niedrigem VON-Index – sind von den bisherigen neuen politischen Entwicklungen enttäuscht und unzufrieden. Diese Gruppe ist in Bosnien und Herzegowina sehr groß und umfasst 57 Prozent der Befragten. Die Zustimmung zu den drei genannten undemokratischen politischen Alternativen (»Rückkehr zum ehemaligen Kommunismus«, »Wunsch nach einem starken Führer« und »Wunsch nach einer Militärdiktatur«) ist in Bosnien und Herzegowina besonders stark. In Serbien sowie Bosnien und Herzegowina würden nahezu 90 Prozent dieser Personen zumindest eine der genannten Alternativen vorziehen, in Kroatien sind es auch immerhin 65 Prozent der Befragten. Von einem EU-Beitritt erwarten sich die BewahrerInnen mehrheitlich kaum positive Effekte.

Die Gruppe der BewahrerInnen ist in allen drei Ländern durch soziale Benachteiligung gekennzeichnet: Dazu zählen ein höheres Lebensalter, niedrige Bildung, niedriges Einkommen und verbreitete Armut. Auch schätzen sie ihre soziale Integration subjektiv geringer ein. In Kroatien ist der Frauenanteil in dieser Gruppe mit 62 Prozent überproportional hoch. Knapp die Hälfte (47 Prozent) der BewahrerInnen in Bosnien und Herzegowina ist über 50 Jahre alt gegenüber 37 Prozent in der Gesamtstichprobe. Auch Serbien und Kroatien haben überproportionale Anteile von über 50-Jährigen in dieser Gruppe: In Serbien sind insgesamt 32 Prozent über 50 Jahre alt, unter den BewahrerInnen sind es 42 Prozent; auch in Kroatien ist ein Drittel der Gesamtstichprobe älter als 50 Jahre, während 44 Prozent der BewahrerInnen in diese Altersgruppe fallen.

In Bosnien und Herzegowina haben 67 Prozent der Befragten nur einen Pflichtschulabschluss, unter den BewahrerInnen sogar 76 Prozent. In Kroatien beträgt der entsprechende Anteil an PflichtschulabsolventInnen insgesamt 43 Prozent und an der Gruppe der BewahrerInnen 56 Prozent. Serbien weist mit 29 Prozent insgesamt den geringsten Anteil an reinen PflichtschulabsolventInnen unter den Befragten auf, innerhalb der Gruppe der BewahrerInnen stellen diese Personen 44 Prozent.¹⁹

19 Hier ist auf die soziale und Bildungsbenachteiligung der bosnisch- und herzegowinischen Frauen zu verweisen: Unter den über 40-Jährigen haben rund 50 Prozent der Männer gegenüber 70 Prozent der Frauen kein höheres Bildungsniveau als den Pflichtschulabschluss, bei den unter 40-Jährigen liegt dieser Anteil bei 30 Prozent der Männer und 50 Prozent der Frauen.

Ebenso ist Bosnien und Herzegowina besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen: Zwei Drittel der Befragten geben an, dass sie selbst und/ oder eines ihrer Familienmitglieder im letzten Jahr arbeitslos (gewesen) waren. In Serbien und Kroatien ist dieser Anteil mit jeweils 45 Prozent wesentlich kleiner. Auch vom Kriegsgeschehen wurde die bosnisch- und herzegowinische Bevölkerung laut Umfrage am härtesten getroffen.

Weiters sind die BewahrerInnen mit fast allen gemessenen Bereichen unzufriedener – sie haben weniger Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen, sind grundsätzlich pessimistisch und bewerten demnach auch das aktuelle und das erwartete politische System negativ, während sie dem vergangenen kommunistischen System nachtrauern.

Serbische ExpertInnen diskutieren als Lösungsmöglichkeit für die politische Reformblockade neben dem EU-Beitritt Serbiens die Option einer autoritären Machtkonzentration auf eine Person, um so klare Verantwortungsbereiche zu signalisieren. Durch eine solche Machtkonzentration erhofft man sich einerseits die Auflösung der politischen Reformblockade und in der Folge paradoxerweise die Etablierung eines politischen Systems, das das genaue Gegenteil intendiert, nämlich die Verteilung von Macht auf mehrere Institutionen, Personen und Instanzen. Dies zeigt uns, dass die Befürwortung einer Machtkonzentration auf eine Person/ Instanz nicht unbedingt mit dem Wunsch nach einem autoritären System gleichzusetzen ist, sondern vielmehr der Motivation entspringt, die gegenwärtige Situation zu verbessern. Gelingt es auf der Ebene des politischen Systems, Reformblockaden aufzulösen, so ist auch anzunehmen, dass der Ruf nach einer Machtkonzentration auf eine Person/ Instanz leiser wird. Dies scheint auch –noch viel stärker– für Bosnien und Herzegowina zu gelten, doch stehen uns hier leider keine qualitativen Daten zur Verfügung. Von den kroatischen ExpertInnen wurde dieses Thema nicht diskutiert.

Die Tabelle fasst die wesentlichen Merkmale der drei Gruppen zusammen:

Tabelle 2: Charakteristika der drei VON-Index-Gruppen (alle drei Länder)			
	Veränderungsfreudige	ZweiflerInnen	BewahrerInnen
Alle Länder	eher jüngere Befragte eher höhere Bildung eher höheres Einkommen eher höhere Zufriedenheit eher hohes Vertrauen	eher jüngere Befragte eher höhere Bildung eher höheres Einkommen eher höhere Zufriedenheit weder Vertrauen noch Misstrauen	eher ältere Befragte eher Pflichtschule eher geringes Einkommen eher Unzufriedenheit eher Misstrauen
Kroatien, Serbien	aktuelles/erwartetes System eher positiv gesehen	aktuelles/erwartetes System eher negativ gesehen	
Bosnien und Herzegowina	aktuelles/erwartetes System eher negativ gesehen		
Kroatien, Serbien	kommunistisches System eher neutral bewertet		kommunistisches System eher positiv bewertet
Bosnien und Herzegowina	kommunistisches System eher positiv bewertet		

Quelle: SEB-Umfragen 2002 (Kroatien, Serbien) und 2004 (Bosnien und Herzegowina), eigene Erhebungen

6. Die Abhängigkeit des VON-Indexes von sozialen Merkmalen und anderen Einflussfaktoren im Ländervergleich

Im Rahmen der Analyse wurden zahlreiche weitere Indizes berechnet. Die Korrelationen des VON-Indexes mit den Indizes »Zufriedenheit« und »Vertrauen in Institutionen«, mit der Bewertung der politischen Systeme in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sowie mit sozialen Merkmalen wie Alter, Bildung und Einkommen wurden untersucht.²⁰ In diesem Kapitel stellen wir einige Ergebnisse im Ländervergleich vor.

Die folgende Übersichtstabelle zeigt die Stärke der Zusammenhänge der wichtigsten Merkmale und Einstellungen mit Veränderungsbereitschaft aufgrund des VON-Indexes. Es wurden Rang-Korrelationen nach Spearman berechnet. Die Korrelationskoeffizienten können Werte von 0 (kein Zusammenhang) bis 1 (maximaler Zusammenhang) erreichen.

Tabelle 3: Spearman-Rho-Korrelationsmatrix der genannten Variablen mit Veränderungsbereitschaft (VON-Index) nach Land

Merkmal	Veränderungsbereitschaft in Kroatien	Veränderungsbereitschaft in Serbien	Veränderungsbereitschaft in Bosnien und Herzegowina
Alter	-0,25	-0,17	-0,28
Bildung	+0,23	+0,24	+0,26
Einkommen	+0,14	+0,24	+0,09
Index Zufriedenheit (ohne Beruf)*	+0,23	+0,24	+0,25
Bewertung ehemaliges kommunistisches System	-0,11	-0,21	-0,31
Bewertung aktuelles System	+0,11	+0,28	+0,18
Bewertung erwartetes System	+0,12	+0,29	+0,21
Index Vertrauen (9 Items)**	+0,23	+0,30	+0,21
n (gesamt)	≈ 900	≈ 700	≈ 1.200

Anmerkungen:

* Die »Zufriedenheit mit dem Beruf« wurde ausgeschlossen, um die Nicht-Berufstätigen mit einzuschließen.

** Es wurden lediglich 9 vergleichbare Items der Fragenbatterie »Vertrauen in Institutionen« berücksichtigt.

Quelle: SEB-Umfragen 2002 (Kroatien, Serbien) und 2004 (Bosnien und Herzegowina), eigene Berechnungen

Positive Werte bedeuten, dass bei höheren Werten des ersten Merkmals (wie etwa Bildung oder Einkommen) der Wert der Veränderungsbereitschaft ebenfalls hoch ist, was

20 Dabei wurde davon ausgegangen, dass der VON-Index aufgrund seiner dreiteiligen Skala ordinal skaliert werden kann (*geringe, mittlere* und *hohe* Veränderungsbereitschaft) und somit Spearman-Rang-Korrelationen mit anderen Merkmalen berechnet werden dürfen.

wir folgendermaßen formulieren können: Je höher der Bildungsabschluss, desto höher die mit dem VON-Index gemessene Veränderungsbereitschaft in den untersuchten Ländern.

Negative Werte bedeuten, dass bei höheren Werten des ersten Merkmals (wie etwa das Lebensalter) der Wert der zweiten Variablen (Veränderungsbereitschaft) sinkt: Je höher das Lebensalter der Befragten oder je positiver die Bewertung des ehemaligen kommunistischen Systems, desto niedriger die hier gemessene Veränderungsbereitschaft. Wir berechneten Koeffizienten von jeweils rund 0,1 bis 0,3, was schwachen bis mittleren Zusammenhängen entspricht. Korrelationen von über 0,2 wurden hervorgehoben.

Die *Bildung* erwies sich in allen drei untersuchten Ländern als wichtiger Einflussfaktor auf die von uns gemessene politische Veränderungsbereitschaft.

Die Abhängigkeit der Veränderungsbereitschaft vom *Alter* weist in Kroatien und Bosnien und Herzegowina stärkere Zusammenhänge auf, während in Serbien der Einfluss des *Einkommens* stärker messbar ist. Auch beim *Vertrauen in Institutionen* und der *Bewertung des aktuellen und erwarteten Systems* zeigen sich die stärksten Wechselwirkungen in Serbien: Hohes Vertrauen in Institutionen und positive Sichtweise des politischen Systems gehen hier stärker mit großer Veränderungsbereitschaft Hand in Hand als in den anderen beiden Ländern.

In Serbien bestimmt demnach die materielle ökonomische Situation gemeinsam mit der Bewertung des aktuellen und erwarteten Systems die Veränderungsbereitschaft der Bevölkerung. Dies verbindet sich auch mit einem größeren EU-Optimismus. Die serbische Bevölkerung ist trotz mancher Zweifel und gewissem Misstrauen großteils in Aufbruchstimmung und wünscht, dass Serbien endlich EU-Mitglied wird und die Bevölkerung (damit) auch das allgemeine europäische Wohlstandsniveau erreichen kann.

In Bosnien und Herzegowina scheint die Trauer um das mehrheitlich positiv bewertete kommunistische System die politische Veränderungsbereitschaft zu vermindern. Im Hinblick auf die Erneuerungsbereitschaft kann diagnostiziert werden: Jede demokratische Erneuerung hat aus Sicht der Befragten bisher scheinbar keine Verbesserungen gebracht.

Demnach müssen in Bosnien und Herzegowina erst die grundlegenden Voraussetzungen für ein Vertrauen in das Funktionieren eines demokratischen Systems bzw. für dessen Verständnis geschaffen werden: Bildung, Gleichberechtigung und Berufstätigkeit von Frauen sowie minimaler materieller Wohlstand.²¹

21 Betrachten wir die ökonomische Situation der Befragten in den drei Transformationsgesellschaften, so stellen wir fest, dass in Kroatien 42 Prozent der Befragten angeben, ein geringeres monatliches Einkommen als 470,- € zu haben. In Serbien verfügen demnach 79 Prozent über ein geringeres Einkommen als 400,- € und in Bosnien und Herzegowina haben 94 Prozent ein solches unter 350,- €. Die Zufriedenheit mit dem Einkommen unterscheidet sich jedoch in den drei Ländern kaum: In Kroatien sind rund 50 Prozent der Befragten damit unzufrieden, in Serbien sowie in Bosnien und Herzegowina jeweils rund 60 Prozent.

Angesichts dieser Ergebnisse unterscheidet sich die subjektive Betroffenheit von Armut – d. h. nur unzureichend Nahrung, Kleidung, Heizung oder Elektrizität zur Verfügung zu haben – nur sehr wenig: Oft betroffen von einem der genannten Umstände sind in Kroatien 10 Prozent der Befragten,

Das Vertrauen in Institutionen ist sowohl in Bosnien und Herzegowina als auch in Kroatien für die Veränderungsbereitschaft weniger wichtig als in Serbien.

Für Kroatien zeigt sich im Gegensatz zu den anderen beiden Ländern kein Zusammenhang zwischen der Bewertung der politischen Systeme und dem VON-Index. Das bedeutet, dass die KroatInnen eine starke Veränderungsbereitschaft aufweisen, unabhängig davon, ob sie das gegenwärtige politische System positiv oder negativ bewerten.

In unserer Befragung fällt die höhere Zufriedenheit der kroatischen Bevölkerung auf: Im Ländervergleich gilt dies insbesondere für die Zufriedenheit mit der Freizeit – möglicherweise ein Anzeichen dafür, dass Kroatien auf dem Weg zu einer Freizeitgesellschaft bereits weiter als die anderen Länder vorangekommen ist.

Die höhere Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen ist in Kroatien – neben Alter, Bildung und Vertrauen in Institutionen – am wichtigsten für die Veränderungsbereitschaft der Bevölkerung. Unabhängig davon ist allerdings die Bewertung des aktuellen politischen Systems. Das könnte bedeuten, dass bei höherem Wohlstand die aktuelle Regierung als »demokratischer« gesehen wird. Die KroatInnen empfinden den Demokratisierungsprozess ihres Landes als nichts Besonderes mehr, vor allem die jüngere Generation sieht diesen als selbstverständlich an.

In diesem Zusammenhang ist ein Ergebnis der ExpertInnenbefragung interessant. Es fällt auf, dass sich die kroatischen ExpertInnen bei der Bewertung des gegenwärtigen politischen Systems auf Westeuropa ausrichten. Dies zeigt sich insofern, als sie ihre Lösungsstrategien für bestehende (politische) Probleme an einem idealisierten westeuropäischen »Normalzustand« orientieren. Die starke Ausrichtung auf westeuropäische Standards macht auch deutlich, dass der institutionelle Rahmen der südosteuropäischen Länder fast ausschließlich im Hinblick auf die Kompatibilität mit EU-Normen und Standards wahrgenommen wird. Der realen politischen Situation in den südosteuropäischen Ländern wird demgegenüber nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Zugleich wird die Tatsache übersehen, dass es in Kroatien in bestimmten Bereichen bereits einen mit westeuropäischen Ländern vergleichbaren demokratiepolitischen Diskurs gibt. Als Beispiel sei angeführt, dass mit der Diskussion über die »Demokratisierung interner Parteistrukturen« und über »BürgerInnennähe« Themen behandelt werden, die in etablierten Demokratien ebenfalls immer wieder debattiert werden. Es mag unterschiedliche Gründe dafür geben, warum diese demokratiepolitischen Probleme in Kroatien selbst nicht Beachtung finden.

Einerseits kann auf keine eigenständige historische Erfahrung mit Demokratie zurückgegriffen werden, an der sich die Entwicklung der gegenwärtigen Demokratie orientieren könnte. Andererseits kann es aufgrund der starken EU-Orientierung zu einem (internen) Anpassungsdruck kommen. Außerdem entwickeln sich verschiedene wirtschaftliche und politische Bereiche unterschiedlich erfolgreich, was zu unsicheren Einschätzungen der eigenen »Demokratietauglichkeit« führt.

in Bosnien und Herzegowina 19 Prozent und in Serbien 25 Prozent. Unzufrieden mit ihrem Lebensstandard sind in Kroatien knapp 50 Prozent, in Bosnien und Herzegowina rund 60 Prozent und in Serbien rund 65 Prozent.

7. Schluss – Wesentliche Ergebnisse und eine Einschätzung des VON-Indexes

Es war das Ziel der Sekundäranalysen der Befragungsergebnisse und des dabei angewendeten VON-Indexes, die untersuchten Bevölkerungen von Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien in charakteristische Gruppen einzuteilen, welche sich in ihrer politischen Veränderungsbereitschaft unterscheiden.

Mit den zur Messung der Veränderungsbereitschaft gewählten relevanten Variablen – Vertrauen in die Mitmenschen, Erwartungen an Effekte eines EU-Beitritts, Bereitschaft, Neues auszuprobieren und Befürwortung bzw. Ablehnung undemokratischer Alternativen – wurden Veränderungsfreudige, ZweiflerInnen und BewahrerInnen identifiziert und unterschieden.

In einem weiteren Schritt wurden die drei Gruppen anhand ihrer sozialen Merkmale und relevanten Einstellungen beschrieben, wie etwa im Hinblick auf die Bewertung des aktuellen oder erwarteten politischen Systems. Der VON-Index erlaubt also sowohl den Vergleich der jeweiligen Gruppen als auch den gruppenspezifischen Ländervergleich.

Die drei mittels VON-Index gebildeten Gruppen (Veränderungsfreudige, ZweiflerInnen, BewahrerInnen) zeigen aufgrund ihrer Verteilung zunächst, wie es um die Veränderungsbereitschaft einer Gesellschaft bestellt ist – darüber hinaus wird auch deutlich, dass diese Bereitschaft wesentlich von der ökonomischen Situation abhängt. Die VerliererInnen im gegenwärtigen System sind nicht in der Lage, den politischen Veränderungen etwas Positives abzugewinnen, und daher auch besonders stark dem ehemaligen kommunistischen System verhaftet.

Kroatien ist das wohlhabendste der drei untersuchten Länder. Gemessen am Einkommensniveau folgen Serbien sowie Bosnien und Herzegowina erst mit größerem Abstand dicht hintereinander. Der Ländervergleich zeigt, dass sich der erreichte Wohlstand positiv auf die Bewertung der Regierung, das subjektive Wohlbefinden, die Zufriedenheit und Veränderungsfreude der Befragten auswirkt.

Die möglichen Effekte eines EU-Beitritts werden von den kroatischen Befragten jedoch am stärksten negativ eingeschätzt. In diesem Zusammenhang könnten wir auch von einer distanzierteren Sichtweise sprechen: Größerer Wohlstand macht die Befragten von Unterstützungs- und Hilfeleistungen von außen (etwa auch von der Europäischen Union) und damit verbundenen Hoffnungen unabhängiger.

Der Übergang zu einem neuen demokratischen System ist somit als Prozess zu betrachten, wobei Kroatien, Serbien sowie Bosnien und Herzegowina bis heute unterschiedliche Etappen zurückgelegt haben.

In Kroatien ist der Übergang vom ehemaligen kommunistischen zum neuen demokratischen System am weitesten fortgeschritten.

Während in der bosnisch- und herzegowinischen Bevölkerung die BewahrerInnen überwiegen und die kroatischen Befragten mehrheitlich ZweiflerInnen oder BewahrerInnen sind, ist Serbien im Umbruch: Im Ländervergleich stehen sich hier eine veränderungsbereite und eine veränderungspessimistische Gruppe am deutlichsten gegen-

über, wofür vor allem ökonomische Faktoren verantwortlich sind. Diese Spaltung in Veränderungsfreudige vs. BewahrerInnen ist (generell) ein wesentliches Kennzeichen der serbischen Gesellschaft. Damit verbinden sich auch vielfach widersprüchliche Einstellungen, wie etwa die negative Sichtweise des ehemaligen kommunistischen Systems mit dem gleichzeitigen Wunsch, zu diesem zurückzukehren, was sich vermutlich mit dem Streben nach politischer Veränderung erklären lässt.

Die Befragten in Bosnien und Herzegowina bringen ihrer Regierung starkes Misstrauen entgegen: Bemerkenswert ist, dass sich die positive Sichtweise des ehemaligen kommunistischen Systems sehr stark auf die gegenwärtige Unzufriedenheit mit der aktuellen Regierung auswirkt. Dieser Zusammenhang und das Verhaftet-Sein im kommunistischen System sind für die große politische Unzufriedenheit verantwortlich. In Serbien und Kroatien wird dagegen das vergangene System nicht mit der heutigen politischen Situation in Verbindung gebracht. Wie aus unserer Erhebung ersichtlich wurde, hat von den drei untersuchten Gesellschaften jene von Bosnien und Herzegowina die höchste Arbeitslosigkeit, das niedrigste Bildungsniveau und ist durch vergleichsweise geringen Wohlstand gekennzeichnet (siehe Fußnoten 19, S. 48 und 21, S. 51).

Der Optimismus gegenüber einem EU-Beitritt wird stark von der innenpolitischen Situation, den Erwartungen an einen Beitritt und den bisherigen Erfahrungen im Umgang mit der Europäischen Union bestimmt. Ein gewisser Wohlstand scheint ebenso eine grundlegende Voraussetzung zu sein wie eine optimistische Zukunftsorientierung. In der Altersgruppe unter 50 Jahren ist diese unseren Erhebungen zufolge am ehesten anzutreffen. Die jüngeren Generationen sind also schon wesentlich stärker »westlich« orientiert. Ein Generationswechsel wird eine größere Annäherung der Bevölkerungseinstellungen an die Mitgliedsländer der EU bringen.

Vor allem in den ExpertInneninterviews zeigt sich allerdings ein grundlegender Zirkel: Einerseits erwartet sich die Europäische Union als Bedingung für einen Beitritt Reformen zur Etablierung von Demokratie und Marktwirtschaft, andererseits erwarten die ExpertInnen, dass erst der Beitritt die Voraussetzung dafür bietet, um systemimmanente Mängel zu beheben und wirksamer etwa gegen Korruption vorzugehen. Einerseits drängen die drei untersuchten Staaten auf eine EU-Mitgliedschaft, andererseits fordern sie, nationale Eigenheiten zu berücksichtigen. Die EU würde gut daran tun, darauf einzugehen. Besonders deutlich wird dies im Fall Serbien, das sich durch die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei brüskiert fühlt.

Besonders schwierig ist der Fall Bosnien und Herzegowina. Unsere Befragungsergebnisse zeigen, dass die Bevölkerung generell der Ansicht ist, dass alles schlechter geworden ist. Die ausländische Präsenz symbolisiert durch den Hohen Repräsentanten, die Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und die Stabilisierungstreitkräfte der NATO (SFOR-Truppen) konnte bislang nicht zu einer Integration des Landes beitragen. Bosnien und Herzegowina hat einen äußerst schwierigen Weg vor sich und es wird sehr wichtig sein, dass die internationale Gemeinschaft diesem Staat dafür konkrete Zukunftsperspektiven bietet.

Mit dem vom VON-Index ermöglichten Ländervergleich lassen sich Parallelen zwischen der politischen Entwicklung und der Wohlstandsentwicklung beschreiben.

Je wohlhabender eine Gesellschaft wird, desto deutlicher und verlässlicher lehnt sie undemokratische Alternativen ab.

Am Ende unserer Ausführungen möchten wir aber auch noch kurz Probleme und Herausforderungen für die Weiterentwicklung des VON-Indexes skizzieren.

Beim VON-Index ist zu beachten, dass die erfassten Einstellungen in jedem Land unterschiedliche Bedeutung haben und mit diesen unterschiedlichen Bedeutungen in den Index eingehen. So ergibt sich die geringere Veränderungsbereitschaft der bosnisch- und herzegowinischen Bevölkerung vor allem aus deren Sehnsucht nach dem ehemaligen kommunistischen System. Die (zum Teil) große Veränderungsfreude der SerbInnen resultiert vor allem aus deren nahezu unrealistischem EU-Beitrittsoptimismus.

Von diesem Standpunkt aus sind »kulturübergreifende« Indizes – auch aufgrund unterschiedlicher Übersetzungen in verschiedene Sprachen und abweichender Erhebungsmodalitäten – nur im Kontext der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen. Aus dem Index resultierende Ergebnisse, wie beispielsweise die geringe politische Veränderungsbereitschaft der Bevölkerung Bosnien und Herzegowinas, dürfen nicht isoliert von ihrem Kontext und Hintergrund interpretiert werden – nämlich der großen politischen Unzufriedenheit der Bevölkerung und der Sehnsucht nach dem besser bewerteten alten kommunistischen System. Mit den hier skizzierten kultur- und kontextspezifischen Problemen haben vergleichende Studien im Allgemeinen zu kämpfen.

Die Wahl der einzubeziehenden Variablen wird durch eine uneinheitliche und nicht vergleichbare Gestaltung der Fragen- und Antwortmöglichkeiten erschwert. Nur formal und inhaltlich gleich gestaltete Items können zur Bildung eines solchen Indexes herangezogen werden. Es wäre auch für den VON-Index ein wichtiges Ziel, die Erhebungsmodalitäten international vergleichender Fragebögen zu standardisieren und semantische Begriffsanalysen durchzuführen. Durch Übersetzung und Rückübersetzung sollten unterschiedliche Begriffsinhalte möglichst minimiert und die Vergleichbarkeit optimiert werden. Eine tiefgehende Operationalisierung von Messdimensionen ist sicherlich wünschenswert, um die Hintergründe für Meinungen und Einschätzungen der Befragten zu erhellen: Was bedeutet es, wenn jemand Sehnsucht nach einem starken Führer verspürt und auch äußert? Welche Denkweisen und Erklärungsmodelle sind dafür verantwortlich, und wie hängen diese mit dem individuellen Verständnis von Demokratie zusammen?²² Dafür sind weiterführende, meist wohl qualitativ-hermeneutische Untersuchungen notwendig.

22 Die Paul Lazarsfeld-Gesellschaft plant einen entsprechenden Beitrag: Eine ländervergleichende Studie soll durchgeführt werden, in der das subjektive Verständnis verschiedener politischer Institutionen (Parteien, Europaparlament und nationales Parlament) mit Hilfe eines Polaritätsprofils gemessen wird. Die Befragten werden gebeten, den genannten Institutionen bestimmte Eigenschaften zuzuordnen (u. a. »flexibel/träge«, »innovativ/bewahrend«, »demokratisch/autoritär«, »gerecht/ungerecht«, »mächtig/ohnmächtig«), um Aufschlüsse über die unterschiedliche Bedeutung der einzelnen politischen Institutionen für verschiedene Bevölkerungen bzw. Bevölkerungsgruppen zu erhalten.

Literatur

- Eder, Anselm/ Hager, Isabella/ Hudler, Michaela (2005) *Soziale Kohäsion der Generationen in Österreich 2003–2005: Generationenharmonie oder Generationenkonflikt – Wohin entwickelt sich die Gesellschaft in Österreich?* Unveröffentlichter Forschungsbericht für das Zukunftsforum Österreich. Wien.
- Froschauer, Ulrike/ Lueger, Manfred (1992) *Das qualitative Interview. Zur Analyse sozialer Systeme*. Wien.
- Hager, Isabella/ Hudler, Michaela/ Richter, Rudolf (2001) *Kriteriumsvalidierung: Analysen zur Vergleichbarkeit der NDB-Daten im Rahmen des Projekts »Wissensmanagement im Bereich Sozialberichterstattung und Wohlfahrtsforschung«*. Forschungsbericht der Paul Lazarsfeld-Gesellschaft für Sozialforschung. Wien.
- Hager, Isabella/ Hudler, Michaela/ Steinbach, Günther (2003) *Soziale Kohäsion der Generationen in Österreich, Entwicklung von validen und reliablen Schlüsselindikatoren zum Generationenverhältnis basierend auf einem »Europäischen System von Sozialindikatoren«*. Forschungsbericht der Paul Lazarsfeld-Gesellschaft für Sozialforschung. Wien.
- Hager, Isabella/ Tauber, Magdalena/ Richter, Rudolf/ Petritsch, Wolfgang (2004) *Endbericht I, II, III Südost-Europa-Barometer. Demokratiestabilität und Sozialstruktur in neuen Demokratien*. Projekt Nr. 10.409 des Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank. Forschungsbericht der Paul Lazarsfeld-Gesellschaft für Sozialforschung. Wien.
- Misztal, Barbara A. (1996) *Trust in Modern Societies. The Search for the Bases of Social Order*. Cambridge, UK.
- Putnam, Robert (1993) *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton.
- Schaal, Gary S. (2004) *Vertrauen. Mikrofundierung sozialer und politischer Ordnungen*. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 4, 371–378.
- Seligman, Adam B. (1997) *The Problem of Trust*. Princeton.
- Sztompka, Piotr (1999) *Trust. A Sociological Theory*. Cambridge, Mass.
- Vorländer, Hans (2003) *Demokratie – Geschichte – Formen – Theorien*. München.

Kontakt:

isabella.hager@univie.ac.at
mena_tauber@yahoo.de
rudolf.richter@univie.ac.at